

# Protokolleintrag vom 16.03.2011

2011/72

## Erklärung der FDP-Fraktion vom 16.03.2011: Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgeglichene Budgetierung als Eckwert für gesunde Finanzen der Stadt

Die zu erwartenden Instabilitäten auf globalem Niveau nach den jüngsten Ereignissen machen es für die FDP klar, dass die Forderung nach einem ausgeglichenen Budget weiterhin aktuell bleiben wird. Ein Eigenkapital von gut 700 Mio Franken hilft, dass Krisen zumindest kurzfristig überwunden werden können, ohne dass höhere Steuern drohen.

Mit dem nun vorliegenden Budget kann die FDP insofern zufrieden sein, dass Ausgaben und Einnahmen im Lot sind. Der Stadtrat zeigt mit dem Budgetentwurf Prioritäten auf. Insbesondere beim Personal sollen insgesamt 42 Mio Franken weniger ausgegeben werden als in der ursprünglichen Fassung. Dies gilt es jedoch zu relativieren. Denn 11,4 Mio Franken betreffen Lunch- und Reka Checks, welche in der Privatwirtschaft keineswegs zum normalen Lohn gehören. Der Teuerungsausgleich wird garantiert. Somit kann niemand ernsthaft behaupten, dass für das Personal ein Reallohnverlust entsteht. Nicht zu vergessen sind auch die im Vergleich mit anderen Gemeinwesen grosszügig gewährten jährlichen sechs Betriebsferientage. Die Stadt ist nach wie vor eine attraktive Arbeitgeberin, mit einem stabilen Lohnsystem und sehr guten Sozialleistungen (z.B. Pensionskasse). Der nun aufkommende Unmut des Personals darf aber nicht nur einfach auf das sogenannte "Spar-Budget" geschoben werden. Vielmehr sind die sich nun zeigenden Problemzonen im Bereich der Polizei, aber auch bei den Pflegemitarbeitenden beherzt und lösungsorientiert anzugehen.

Insbesondere bei den Ausgaben für das Personal hat die FDP immer und immer wieder auf das starke Stellenwachstum hingewiesen. Während im Budget 2010 erstmals ein Wachstum bei den Personalkosten ausblieb, ist mit dem überarbeiteten Budget das Stellenwachstum mit 1,9% oder ein Wachstum von 9 Mio Franken im Vergleich zum Voranschlag 2010 im Rahmen des Wachstums der Bevölkerung der Stadt Zürich. Es ist einsichtig, dass eine wachsende Stadt in gewissen Bereichen auch zusätzliche Stellen benötigt. Allerdings müssen hier klare Prioritäten gesetzt werden: Bildung, Pflegebereich und Sicherheit sind solche Prioritäten. Wie die FDP schon lange fordert, sollte der Einsatz der bestehenden Stellen in den entsprechenden Departementen so gestaltet werden, dass ein Optimum erreicht wird. So wäre es ja denkbar, dass die nun nicht im Voranschlag beantragten Hebammenstellen durch interne Umorganisationen durch die zuständige Departementsleitung sichergestellt werden könnten. Auch bei der Polizei dürften interne Optimierungen für eine stärkere Präsenz an der Front ohne zusätzliche Stellen möglich sein. In früheren Budgetdebatten wurden solche Vorschläge der FDP jeweils abgelehnt.

Gar keine Federn lassen musste der Kulturbereich, für den die Stadtpräsidentin zuständig ist. Hier sind Überprüfungen angesagt wie auch z.B. im Bereich Strassenbegrünung. Kunst am Bau oder generell das teure Bauen sind kritisch zu hinterfragen. Dies fällt einzelnen Stadträtinnen und Stadträten offenkundig schwer. Die durch die Budgetrückweisung angestossene öffentliche Diskussion hat jedoch klar den Unmut der Bevölkerung und der Mitarbeitenden auf den Tisch gebracht. Auch hier sieht die FDP Handlungsbedarf beim Stadtrat, indem die Bevölkerung aber auch die Mitarbeitenden entsprechend ernst genommen werden müssen.

Das vorliegende, ausgeglichene Budget ist jedoch auch ein klares Signal für eine weiterhin grosse Standortattraktivität bei gleichbleibender Steuerbelastung in der Stadt Zürich. In einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld kann die Stadt immer noch netto eine Milliarde Franken in die Infrastruktur investieren. Dies obwohl die Sparmassnahmen den Investitionsaufwand um 70,2 Mio Franken reduzieren. Für die Zukunft bleibt für die FDP nach Abschluss der Kommissionsberatungen die Forderung für ein Fussballstadion und ein attraktives Kongresszentrum bestehen. Allerdings muss hier die Linke über die Bücher, indem die bisher zurückgewiesene Form des "Public Private Partnership" wieder auf der Liste möglicher Finanzierungslösungen stehen muss. Die Priorität aller Parteien muss bei der Schaffung guter Rahmenbedingungen für attraktive Arbeitsplätze und hohe Wohnqualität bleiben. Dazu gehören auch Kultur, Kunst und Investitionen in die Infrastruktur für neue erneuerbare Energieerzeugung, Glasfasernetz, aber auch öffentlicher Verkehr und funktionierender motorisierter Individualverkehr. Die FDP wird sich darum weiterhin für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und damit für Arbeitsplätze sowie gute Rahmenbedingungen einsetzen.